



Kathrin Rösel MdB

Unter der Kuppel – Neues aus dem Bundestag

30. September 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

in dieser Woche hat die Firma TenneT ihre neuen Planungen für die **Südlink-Stromtrasse** vorgestellt. Der rege Protest der Bürgerinnen und Bürger und Kommunen hat Wirkung gezeigt, denn die Trasse wird vollständig erdverkabelt. Die betroffenen Bürger müssen beteiligte Bürger werden. Das ist mir besonders wichtig, da die Landkreise Rotenburg und Heidekreis unmittelbar betroffen sind. Vor allem die Landwirtschaft und die Naturschutzverbände müssen eng in den Planungsprozess eingebunden werden. Aus diesem Grund bietet TenneT im November zwei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region an, am 7. November im Heidekreis sowie am 10. November in Rotenburg. Fachliche Fragen zu der Beeinträchtigung von landwirtschaftlicher Nutzung und den Auswirkungen auf die Umwelt können bei einer zusätzlichen Veranstaltung für Landwirte geklärt werden. Außerdem gibt es während einer mehrwöchigen Beteiligungsphase die Möglichkeit, über eine Online-Plattform Hinweise zur Optimierung der Erdkabel-Korridore einzureichen. Somit wird eine umfassende Beteiligung durch die Öffentlichkeit gewährleistet – das ist sehr wichtig, um diesen Prozess positiv zu begleiten und die Energiewende zu befördern.

**Flexible Übergänge vom Erwerbs- ins
Rentenalter**

Am Donnerstag wurde das Gesetz zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben in erster Lesung beraten. Mit diesem Gesetzentwurf wird die Voraussetzung dafür geschaffen, es Arbeitnehmern bereits ab dem 63. Lebensjahr zu



ermöglichen, eine stufenlosen Teilrente zu wählen und so, bei reduzierter Arbeitszeit, weiter im Beruf zu stehen. Gleichzeitig wird die Grenze des Zuverdienstes erweitert, den die Personen im Rentenalter erwirtschaften dürfen. Länger arbeiten wird also attraktiver: die eigene Rente erhöht sich und der Arbeitgeberbeitrag zur Rente zählt künftig mit.

Jagdrechtsnovelle

Der Bundesrat hat am vergangenen Freitag der vom Bundestag beschlossenen Änderung des Jagdrechts zugestimmt. Mit dem Ergebnis bin ich persönlich nicht zu hundert Prozent einverstanden. Zwar haben wir erreicht, dass der Bestandsschutz des Besitzes von halbautomatischen Waffen bleibt, allerdings fanden die Kernforderungen vor allem der niedersächsischen Abgeordneten, wie zum Beispiel die Bleimittelreduzierung in Munition oder die Einführung einer bundesweit einheitlichen Jagdbeerechtigung, keine Berücksichtigung im Gesetz. Insbesondere die bayrischen Vertreter im Bundesrat haben diese Punkte verhindert.

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

Die niedersächsische Landesregierung darf unsere Kommunen nicht weiter hängen lassen! Viele der im Bundestag beschlossenen Maßnahmen sollen vor allem die Kommunen entlasten. Mit der Änderung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes verlängern wir die Frist zum Abruf der insgesamt 3,5 Mrd. Euro aus dem Kommunalinvestitionsfonds um zwei Jahre bis 2020. Damit erhalten die Kommunen mehr Zeit, die Mittel komplett zu nutzen. Der nachweislich schleppende Mittelabfluss beim Fonds liegt in Niedersachsen jedoch daran, dass unser Bundesgesetz durch das Land umgesetzt werden muss. Niedersachsen hat die Förder-

richtlinien derart eng gefasst, dass den Kommunen wenig Spielraum für eine sinnvolle Verwendung bleibt.

Stand der Deutschen Einheit 2016

In diesem Jahr feiern wir zum 26. Mal den Tag der Deutschen Einheit. Hierzu legte die Bundesregierung den jährlichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit vor.

Wir dürfen nicht vergessen, dass eine Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und täglich dafür gearbeitet werden muss.

Deutsche Streitkräfte in der NATO-geführten Operation SEA GUARDIAN

Am Donnerstag habe ich gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einer Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-geführten Operation SEA GUARDIAN zugestimmt. Das Ziel dieser Nachfolgemission der Operation ACTIVE ENDEAVOUR ist die Stärkung der Seeraumüberwachung und die Bekämpfung des Terrorismus und Waffenschmuggels im maritimen Umfeld in der Mittelmeerregion. Die Personalobergrenze soll bei 650 Soldaten liegen.

Erbschaftsteuerreform

Der Vermittlungsausschuss hat in den Verhandlungen ein gutes Ergebnis erzielt: Bei Betriebsvermögen bis zu einem Wert von 26 Mio. Euro bleibt es bei den bisherigen Begünstigungen. Je nachdem wie sehr sich der Käufer bei der Unternehmensfortführung und beim Arbeitsplatz erhalten binden möchte, kann zwischen einer Vollverschonung zu 100 Prozent und einer Teilverschonung zu 85 Prozent gewählt werden. Bei Betriebsvermögen über einem Wert von 26 Mio. Euro kann eine pauschale Steuerbefreiung in Anspruch genommen werden, die bis 90 Mio. Euro abnimmt.

Es besteht die Möglichkeit, die Steuerschuld auf maximal 50 Prozent des Privatvermögens zu begrenzen. Kleine Betriebe von bis zu fünf Mitarbeitern bleiben vom Darlegungsaufwand, in welchem Umfang Arbeitsplätze erhalten wurden, befreit und gesellschaftsvertragliche Verfügungsbeschränkungen werden durch einen Steuerabschlag von bis zu 30 Prozent anerkannt. Damit haben wir unser Kernziel erreicht: Unternehmen werden durch die Erbschaftsteuer nicht in ihrem Bestand gefährdet – somit werden Arbeitsplätze gesichert. Der Bundesrat wird im

Oktober über das Vermittlungsergebnis beschließen.

Mein Praktikum im Deutschen Bundestag

Mein Name ist Lisa Quos, ich bin 18 Jahre alt, angehende Jurastudentin und komme aus Schneverdingen.

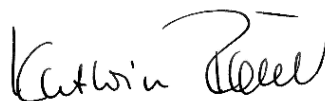


Zwei Wochen lang durfte ich im Rahmen eines Praktikums die Arbeit im Deutschen Bundestag und den Alltag unserer Bundestagsabgeordneten miterleben. Dafür begleitete ich Frau Rösel zu Sitzungen der AG und des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz.

Im Rahmen des Praktikantenprogramms der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besuchte ich, neben Bundesministerien und Plenarsitzungen, Diskussionsrunden mit Herrn Grosse-Brömer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und Herrn Krichbaum, Vorsitzender des Europaausschusses. Darüber hinaus habe ich bei der Aufzeichnung der ZDF-Sendung „Aspekte“ zugesehen und am Rollenspiel „Plenarsitzung“ teilgenommen, das im Rahmen einer Ausstellung des Bundestages im Deutschen Dom regelmäßig stattfindet.

In der nächsten Woche...

...reise ich mit der Landesgruppe Niedersachsen nach Serbien. Auf dem Programm der Klausurreise stehen unter anderem Gespräche mit Axel Dittmann, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Serbien und Aleksandar Vucic, Premierminister der Republik Serbien. Zentrales Thema der Tagung ist die EU-Integration Serbiens.

Ihre 

Kathrin Rösel MdB